



Bundestags- brief

Nr.276 •Die Woche im Bundestag• 30.10.2020



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Corona-Krise: Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung

Die Lage ist sehr ernst: Die Corona-Infektionszahlen erreichen neue Höchststände – auch immer mehr Ältere werden wieder infiziert.

In dieser Woche wurden tägliche neue Rekorde bei der Zahl der Neuinfektionen gemeldet und deutlich mehr Menschen müssen mit einer Corona-Erkrankung in Krankenhäusern und auf Intensivstationen behandelt werden. Im Moment verdoppeln sich die Infiziertenzahlen alle sieben und die Zahl der Intensivpatienten alle zehn Tage. Viele Gesundheitsämter sind überlastet und können Infektionen nicht mehr nachverfolgen.

Nach Zahlen des Robert-Koch-Instituts ist in mehr als 75 Prozent der Fälle unklar, wo sich Menschen angesteckt haben. Wenn es nicht gelingt, die Ausbreitung des Virus zu bremsen, werden Krankenhaus- und Intensivbetten knapp, Personal und Beatmungsgeräte könnten dann fehlen, Menschen sterben und eine nationale Gesundheitsnotlage eintreten. Dies muss unbedingt vermieden werden.

Bund und Länder haben deshalb weitere Vereinbarungen zum Schutz vor Corona getroffen. Diese sollen ab dem 2. November beginnen und für vier Wochen gelten. Zu den umfassenden Maßnahmen, die Bund und Länder am Mittwoch zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschlossen haben, gehört die Schließung von Gastronomiebetrieben, Freizeiteinrichtungen und bestimmten Dienstleistungsbetriebe bis zum 30. November 2020.

Sport- und Unterhaltungsveranstaltungen müssen ohne Zuschauer stattfinden. In der Öffentlichkeit dürfen sich nur noch maximal zehn Bürger aus zwei Haushalten treffen. Auf Reisen und Verwandtenbesuche sollen die Menschen verzichten.

Ich unterstütze diese Maßnahmen, auch wenn ich mir bewusst bin, welche schwerwiegenden Folgen diese Entscheidungen für viele Menschen in unserem Land haben werden.

Dabei bin ich auch in großer Sorge um die Kultur. Sie darf nicht zum leichtfertigen Opfer der Krise werden! Leider zwingt uns die Dynamik des Infektionsgeschehens zu harten Maßnahmen. Doch bei allem Verständnis für die notwendigen neuen Regelungen: für die Kultur sind die erneuten Schließungen eine echte Katastrophe.

Wir haben in den vergangenen Wochen mit sorgfältigen Maßnahmen den Neustart in der Kultur erprobt - der darf jetzt nicht in der Sackgasse enden. Denn: Kultur ist weit mehr als Freizeit und Unterhaltung. Sie ist kein Luxus, auf den man in schweren Zeiten kurzerhand verzichten kann. Kultur ist keine Delikatesse für Feinschmecker, sondern Brot für alle. Und sie ist das notwendige Korrektiv in einer lebendigen Demokratie. Gerade das macht sie natürlich systemrelevant.

Künstlerinnen, Künstler und Kreative haben sich in der Krise von Anfang an sehr solidarisch und konstruktiv gezeigt, obwohl die Corona-Krise an ihren Lebensnerv geht. Die Kultur und die Kreativwirtschaft brauchen daher jetzt rasche Hilfen wie alle anderen Branchen auch. Das ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern das ist vor allem eine Frage der Wertschätzung. Es geht um Tausende Kinos, Privattheater, das gesamte Bühnengeschehen, Clubs, Festivals etc. Und es geht um Millionen Beschäftigte vor und hinter den Kulissen: um Tänzerinnen und Tänzer, Filmschaffende, Bühnenbauer, Gesangstrainer, Chöre und Maskenbildner und viel andere mehr. Es geht um die Existenz für mehr als 1,5 Millionen Menschen, die in unserem Land mehr als 100 Milliarden zum Bruttoinlandsprodukt an Wertschöpfung beitragen und häufig als Soloselbständige arbeiten.

In der Politik gibt es viel Solidarität für die Kultur - daher gilt jetzt erst recht der Appell, Einnahmeausfälle in den Kultureinrichtungen schnell, effizient und großzügig zu kompensieren und vor allem endlich eine passgenaue Förderung für die vielen Soloselbständigen zu schaffen.

Sie alle brauchen und verdienen unsere Unterstützung und unsere Anerkennung für ihre außerordentliche Leistung für unser Gemeinwesen.

Mehr Geld im Portemonnaie

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche steuerliche Entlastungen beschlossen, von denen besonders Familien sowie Menschen mit Behinderung profitieren werden.

Ab Januar 2021 wird es 15 Euro mehr Kindergeld pro Kind geben – den Kinderfreibetrag passt man entsprechend an. Gleichzeitig werden auch der Grundfreibetrag erhöht und der Einkommensteuertarif so an die Inflation angepasst, dass die Wirkungen der kalten Progression gar nicht erst eintreten können.

Ein besonderes Anliegen war der Unionsfraktion die Anhebung des Behindertenpauschbetrags – dieser soll nun verdoppelt werden. Außerdem werden ein behinderungsbedingter Fahrtkosten-Pauschbetrag eingeführt und die Nachweispflichten vereinfacht.

DDR-Unrecht weiter aufarbeiten

Über drei Jahrzehnte sind seit der friedlichen Revolution in der DDR vergangen – aber die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen geht mit voller Kraft weiter, denn Unrecht darf nicht vergessen werden.

In dieser Woche haben wir im Bundestag über das Stasiunterlagen-Gesetz beraten. Es sieht vor, die Stasi-Akten ins Bundesarchiv zu überführen, wo sie zu den gleichen Bedingungen zugänglich sein werden.

Außerdem wird das neue Amt eines SED-Opferbeauftragten im Deutschen Bundestag geschaffen – dafür habe ich mich gemeinsam mit der CDU/CSU- Bundestagsfraktion stark gemacht.

Besserer Schutz für unsere Kinder

Die erschütternden Fälle in Lügde, Bergisch Gladbach oder Staufen haben uns in den vergangenen Monaten alle schockiert: Sexueller Missbrauch von Kindern ist eines der widerlichsten Verbrechen, das man sich vorstellen kann. Viele Opfer bleiben ihr Leben lang traumatisiert.

Mit dem „Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“, das wir in dieser Woche diskutiert haben, werden Strafraum erhöht und die Strafverfolgung erleichtert.

Außerdem hat die Union durchgesetzt, dass bestimmte Verurteilungen wegen kinderschutzrelevanter Straftaten erst nach 20 Jahren aus dem erweiterten Führungszeugnis gelöscht werden können. Damit wird verhindert, dass pädophil veranlagte Täter etwa als Jugendtrainer arbeiten dürfen.

Schneller und effizienter bauen

Das „Investitionsbeschleunigungsgesetz“, das wir in dieser Woche beschlossen haben, ist ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Denn durch das Gesetz kann im Schienenverkehr einfacher, effizienter und schneller geplant und gebaut werden. Die Elektrifizierung von bestimmten Bestandsstrecken wird durch den Wegfall eines erneuten Planungsverfahrens erheblich erleichtert.

Endlich werden auch kleinere Umbaumaßnahmen für bessere Barrierefreiheit, mehr Lärmschutz und die Digitalisierung der Sicherheitstechnik ohne bürokratischen Zeitverzug schneller umgesetzt.

4600 minderjährige Studierende in Deutschland

Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes waren zum Wintersemester 2019/2020 4.600 Minderjährige deutschlandweit an Universitäten eingeschrieben. Das sind fünfmal mehr als noch vor 10 Jahren. Als Gründe für den Anstieg nennt das Statistische Bundesamt den Wegfall des Zivil- und Wehrdienstes und die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren. Die Vorlesungszeit des kommenden Wintersemesters beginnt am 2. November 2020.

(Quelle: Destatis)